In Masserberg ist alles geprüft, bestätigt…?

Leserbrief. Die Bürgerinitiative „Oberer Wald“ (BI-OW) hat in letzter Zeit einiges an Erfolgen zu vermelden, an welche weiter angeknüpft wird. Beginnen wir mit der Phosphatfällung bei der Abwasserentsorgung. Was wurde nicht alles dazu gesagt. Sie wäre richtig, sie wäre wichtig, es sei geprüft und bestätigt…! Doch plötzlich: In der Tagespresse vom 2. Februar 2015 stand unter großer Überschrift: „Ministerin bestätigt: Keine Phosphat-Klärung nötig“. Als eine der Hauptakteure wird hier die BI-OW erwähnt. Selbige hat generell immer darauf hingewiesen, dass der Bau von Kleinkläranlagen (KKA) ohnehin nur in Ausnahmefällen vorzusehen sei. Verfechter des Konzeptes der Gemeinde argumentieren immer wieder, deren ABK sei geprüft und bestätigt…! Unabhängig und abgesehen von der Tatsache, dass die Bestätigung der Fortführung des gegenwärtigen ABK seitens der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie (TLUG) noch nicht erfolgt ist, ist es wichtig zu wissen, dass sich zum Beispiel Richter in entsprechenden Verfahren gegen den Bau von KKA und dezentrale Lösungen im Sinne der Ortshygiene ausgesprochen haben. Somit ist die Auffassung der BI-OW bestätigt. Es soll laut Gesetzgebung bereits in der Planung von derartigen Projekten, erwähnte Ortshygiene abgewogen und berücksichtigt werden. Auf meine Frage in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 26. März 2015, in wie weit die Ortshygiene im Sinne der Volksgesundheit im ABK der Gemeinde berücksichtigt wurde, gab mir der Beigeordnete, Herr Wagner, abschließend zur Antwort, dies müsse man noch prüfen. Warum prüfen? Kennt man das eigene Konzept nicht? Außerdem ist doch angeblich alles geprüft und bestätigt…! Gefühlte zwanzig Meter von der geplanten Kläranlage in der Parkanlage in Fehrenbach befindet sich zum Beispiel der Biergarten des „Schwarzen Adler“. Na dann, guten Appetit. Dazu der Geruch von Kleinkläranlagen sowie das Entleeren dieser. Alles inmitten der Ortschaften. Willkommen im zukünftigen Urlaubsparadies. Diese zukünftige Situation läuft allen, sicher gutgemeinten, Tourismuskonzepten konträr. Es sind angeblich alle Interessen berücksichtigt, somit auch geprüft und bestätigt…! Etwa auch so geprüft und bestätigt, wie die Abwasserbescheide an die Bevölkerung? Diese hatten auch schon den Fehler, dass sie mit Mehrwertsteuer berechnet wurden, was nicht hätte sein dürfen. Auf Grund der Initiative der BI-OW besteht die berechtigte Hoffnung darauf, dass die Mehrwertsteuer auf die Abwasserabgabe wegfällt. Der finanzielle Vorteil für die Bürger beläuft sich auf rund 14.000 Euro im Jahr. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Veröffentlichung der BI-OW vom 27. März 2015 in der Tagespresse. Weitere 10 Tausend Euro Vorteil können hinzu kommen. Warum? Herr Udo Seifferth hat in der öffentlich am 15. Mai 2014 im Theatersaal in Masserberg erklärt, dass Null Euro, ich wiederhole: Null Euro, von den Bürgern dazu kassiert wurden. Diese Ist-Kalkulation wurde auch geprüft und bestätigt. War es die Aussage des Bürgermeisters auch? Nur zur Erinnerung: Der Klärschlamm, dessen ordentliche Entsorgung die Bürger teuer bezahlten und bezahlen, lag vor der Klärgrube…! Ohne den Einsatz der BI-OW, dem daraufhin staatsanwaltlichen Einschreiten, wären diese Missstände nie der Aufklärung zugeführt und der illegal entsorgte Klärschlamm beräumt worden. Kurz: Um Eindruck in der Bevölkerung zu schinden, werden angebliche Aussagen von Vertretern öffentlicher Einrichtungen, Institutionen und Ämtern immer wieder dazu benutzt, um Missstände zu rechtfertigen oder diese zu legalisieren.

An dieser Stelle sei ein Dank gerichtet an die Mitglieder der BI-OW, auch an denen, welche aus Alters,- oder gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv sein können, für deren bisherige Arbeit. Auch ein Dankeschön an alle Sympathisanten der BI-OW für deren Vertrauen und Unterstützung, egal welcher Art. Jedoch speziellen Dank an Frau Almut Hopf und Herrn Hartmud Gießler, ohne deren unermüdlichen Einsatz die Erfolge (es wird noch mehr geben) nicht möglich wären. Ein „Geprüft und Bestätigt“ gibt es doch noch, welches der Bezeichnung tatsächlich entspricht: Am 18. Dezember 2014 beschuldigte Herr Udo Seifferth in der Öffentlichkeit Herrn Gießler (Sprecher der Fraktion der BI-OW), dass dieser wegen Untreue verurteilt worden wäre. Am 26. März 2015 ließ Herr Gießler öffentlich vom Hauptamtsleiter sein aktuelles Führungszeugnis verlesen, woraus das Gegenteil zu erkennen war: Kein Eintrag. Dieses Dokument ist auch geprüft und bestätigt. Bleibt die Erkenntnis, dass weiterhin mit allen Mitteln versucht wird, die Integrität der BI-OW oder Einzelner in Frage zu stellen. Auch auf die Gefahr hin, dass ich wieder von einigen Konterkarierten verbal angegriffen werde: Ob in Zukunft in der Gemeinde Masserberg weiterhin vieles wie in einem Selbstbedienungsladen abläuft und nach gefühlter Gutsherrenart alles „geprüft und bestätigt“ wird oder ob die Erfolge weitergeführt und in die Praxis umgesetzt werden können, sollen die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger am 14. Juni 2015 mit der Wahl ihres Bürgermeisters selbst entscheiden. In Kürze wird der Kandidat der BI-OW für die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters veröffentlicht. Diese Aussage ist garantiert geprüft und bestätigt!

Frank Lauenstein
Masserberg/OT Fehrenbach

„Angsträume“: Ausstellung über Opfer rechtsetxremer Gewalt in Veilsdorf gezeigt

Veilsdorf. Die Ausstellung „Angsträume“. Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen“ wurde am vergangenen Mittwoch in Veilsdorf gezeigt.

Auf mehreren Sichttafeln werden komprimiert die Geschichten von Opfern der gewalttätigen Thüringer Naziszene dargestellt. Dabei reichen die gezielten Einschüchterungsversuche von rassistischen Beleidigungen bis zu schwersten Körperverletzungen, bei welchen die Opfer zum Teil bleibende Gesundheitsschäden erlitten und oft nur durch Glück am Leben blieben. In vielen Fällen leiden diese Opfer heute unter Traumatisierungen.

Bürgermeister Silvio Reimann eröffnete die von Veilsdorfer Bürgern und Gemeinderäten initiierte Veranstaltung und begrüßte neben den Besuchern auch zwei Referenten. Beide arbeiten in Thüringen für mobile Beratungsteams.

So auch Sven Peter. Er stellte das Projekt „ezra“, ein Beratungsangebot für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt vor. Das von der evangelischen Kirche getragene Projekt nimmt bewusst die Sicht der Opfer von aus „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ heraus begangenen Straf- und Gewalttaten ein.

Petra Pawelskus arbeitet für MOBIT, die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie- und gegen Rechtsextremismus). Ihre Tätigkeit ist auf die Unterstützung von Verbänden, Vereinen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteuren und auf die Stärkung der demokratischen Kultur vor Ort ausgerichtet.

Sie schilderte anschließend Formen rechtsextremer Erlebniswelten. So umfasst das braune Angebot der menschenverachtenden Unterhaltung neben unterschiedlichsten Musikveranstaltungen, Tonträgern, Kleidungsversänden auch Aufmärsche und Sporttreffen. Mittels solcher „niedrigschwelliger Angebote“ würden Nazifunktionäre immer auch Ideologie verbreiten. Der Zusammenhang zu rechtsextremen Gewalttaten wird deutlich, wenn in Gerichtsprozessen angeklagte Rechte zugäben, dass sie sich vor ihren Straftaten beispielsweise durch menschenverachtende Rechtsrocktexte aufgeputscht hätten. Hierin liege auch die reale und oft unterschätzte Gefahr von Formationen wie dem Hildburghäuser BZH. Von dessen Kreistagsmitglied hätte es seit 2009 nicht eine nennenswerte kommunalpolitische Initiative gegeben. Umso emsiger vernetze dieser aber die thüringische und oberfränkische Naziszene und organisiere immer wieder Rechtsrockveranstaltungen mit gewaltverherrlichenden und menschenverachtenden Inhalten.

In der anschließenden Diskussion wurde neben der Forderung nach konsequenterem Handeln von Verwaltungen und Gesetzgeber vor allem deutlich, dass der wirksamste Schutz gegen die autoritären Bestrebungen von Neonazis eine gefestigte Demokratie und eine entwickelte Zivilgesellschaft selbstbewusster, mündiger Bürger sei.

Die Ausstellung wird demnächst auch im Deutschen Nationaltheater in Weimar anlässlich einer Veranstaltungsreihe „70 Jahre Befreiung des KZ Buchenwald“ zu sehen sein.

Die Ausstellung „Angsträume“. Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen“ wurde am vergangenen Mittwoch in Veilsdorf gezeigt.
Foto: Bündnis gegen Rechtextremismus

Willkommenskultur auch ohne Verklärung – Islam ist kein Teil Thüringens

Hildburghausen. In der aktuellen Debatte um den Islam in Deutschland widerspricht Kristin Floßmann Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Denn den Islam als Teil Thüringens zu sehen, widerspricht sowohl unseren historischen Gegebenheiten, als auch der aktuellen Situation. Natürlich leben in Thüringen Muslime, die hier willkommen und natürlich auch Teil unserer Gesellschaft sind. Dies bedeutet aber nicht, dass die Religion prägend für die Entwicklung des Freistaates war oder ist. Vielmehr ist allem voran die christliche, aber auch die jüdische Religion Identitätsstiftend für den Freistaat. Alleine ein Blick in unsere Städte und Dörfer zeichnen ein klares Bild. Jedes Dorf in Thüringen hat seine Kirche und auch jüdische Einrichtungen. So zeugen beispielsweise der Friedhof mit Tahara-Haus in Weitersroda, die Synagoge in Berkach und das Denkmal am Oskar-Meyer-Platz in Bibra, um nur einige zu nennen, von der historischen Verwurzelung. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass andere Religionen hier keinen Platz hätten. „Die plurale Gesellschaft ist ein Wesenskern unserer Demokratie, in der Menschen ungeachtet ihrer religiösen Überzeugungen friedlich zusammenleben“, so die Abgeordnete. Daher sieht sie die Aussagen Ramelows auch als gegenstandslos an. „Man kann den Muslimen, die hier leben, unsere Wertschätzung als Teil unserer Gesellschaft auch anders entgegenbringen, ohne ihre Religion als Wesensmerkmal unseres Freistaates zu deklarieren“, versucht die Abgeordnete die Äußerungen des Ministerpräsidenten zu deuten. Eine Besinnung auf die eigene Herkunft ist dabei nicht exkludierend für Menschen anderer Überzeugungen. Die Verklärungen, wie durch die Aussage von Ramelow, begünstigen dabei die Ängste mancher Menschen, die dann in Protesten wie bei Sügida ihren Ausdruck finden. Um diesem Potenzial wirksam entgegen zu treten ist es daher für Floßmann umso wichtiger, die eigene Tradition wertzuschätzen und mit diesem Wissen bedürftige Menschen hilfsbereit aufzunehmen.

Volkssolidarität Themar lädt ein

Themar. Der Ortsverband der Volkssolidarität Themar lädt zu einem Informationsnachmittag am Mittwoch, dem 15. April 2015, ab 14 Uhr im Klub „Drei Rosen“ recht herzlich ein.

Zum Thema: „Abenteuer Malerei“ stellt Edith Hopf aus Themar in einer Bilderschau ihr Hobby vor. Über viel Interessierte würden wir uns sehr freuen. Das Team des Klubs hält Kaffee und Kuchen für Sie bereit.

U. Kotschenreuther
Ortsvorsitzende